

Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 508

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: LV Niedersachsen, LV NRW, LV Bayern, BAK Europa und Internationales, Alice Schmidt, Theresa Leinkauf, Nemir Ali

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

1 **Freiheit für Hongkong, Moskau und alle Menschen dieser** 2 **Welt**

3 Die Jugend der Welt ist in Aufruhr. Auf der ganzen Welt gehen nicht nur – aber gerade – junge
4 Menschen auf die Straßen und fordern ihre Rechte auf Freiheit und Mitbestimmung ein. Viele
5 sind bereit, ein hohes Risiko einzugehen, denn vielerorts reagieren die Regierungen mit Gewalt,
6 Repression und Verfolgung. Mit dem Verweis auf ihre Souveränität und "kulturelle
7 Besonderheiten" verbitten sich diese Staaten die Kritik der Weltgemeinschaft und verweigern
8 ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern grundlegende Menschenrechte.

9 Wir Jungen Liberalen sind überzeugt, dass alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten
10 sind. Kein Staat, kein Diktator, kein religiöser Führer und nicht einmal eine demokratische
11 Mehrheitsentscheidung vermögen einen Menschen seiner Würde und Grundrechte zu berauben.
12 Daher solidarisieren wir uns mit der Jugend der Welt und unterstützen sie in ihrem Kampf für
13 Freiheit und Demokratie.

14 **Hongkong – Das Berlin des 21. Jahrhunderts.**

15 Bereits seit März 2019 demonstrieren Millionen Hongkongerinnen und Hongkonger gegen die
16 von der Regierung der Sonderverwaltungszone eingebrachte *Novelle zum Gesetz über flüchtige*
17 *Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen*. Dieses sogenannte Auslieferungsgesetz soll
18 ermöglichen, dass Verdächtige von Hongkong an Festlandchina ausgeliefert werden können.
19 Allerdings erwartet sie dort kein faires Verfahren, sondern politische Verfolgung, denn die
20 chinesischen Behörden gehen regelmäßig mit fingierten Vorwürfen der Korruption oder
21 Steuerhinterziehung gegen Oppositionelle vor. Der Gesetzesentwurf reiht sich damit in eine
22 Vielzahl von Verletzungen des in der Sino-British Joint Declaration verbrieften Prinzips "Ein
23 Land, zwei Systeme" ein.

24 Wir Jungen Liberalen solidarisieren uns mit den Demonstrierenden in Hongkong. Ihre
25 Forderungen, den Entwurf des Auslieferungsgesetzes zurückzuziehen, freie Wahlen in der
26 Sonderverwaltungszone zuzulassen und der Achtung aller Weiteren in der "Basic Law"
27 garantierten Grundrechte, sowie die Forderung nach der Einberufung nach einer unabhängigen
28 Untersuchungskommission zur Gewalt der Behörden gegen die Demonstrierenden, sind
29 berechtigt. Sie stellen gemäß der Sino-British Joint Declaration eine völkerrechtliche
30 Verpflichtung der Volksrepublik China dar. Was in Hongkong geschieht, ist deshalb gerade keine
31 innerchinesische Angelegenheit.

32 Deutschland und die Europäische Union müssen diese Position offensiv gegenüber China
33 vertreten. Es ist eine Schande, dass die Bundesregierung sowie die deutsche Wirtschaft aus
34 Angst vor Profiteinbußen und dem Verlust von Arbeitsplätzen von klaren Stellungnahmen absieht
35 und Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Hongkonger Protestbewegung vermeidet.

36 Unser Wohlstand ist das Ergebnis einer internationalen Ordnung der Freiheit, des Rechts und
37 des Friedens. Wer diesen Wohlstand erhalten und ausbauen will, muss sich daher jener Kräfte
38 erwehren, die diese Ordnung zerstören wollen. Wer es unterlässt unsere Werte zu verteidigen,
39 mag kurzfristige Gewinne erzielen, wird aber am Ende Freiheit und Frieden und damit die Basis
40 unseres Wohlstands verspielen.

41 Wir fordern Deutschland und die Europäische Union auf, sich für die Achtung der Grund- und
42 Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger Hongkongs einzusetzen, insbesondere die
43 endgültige Rücknahme des Entwurfs des Auslieferungsgesetzes und die Abhaltung freier
44 Wahlen. Etwaige Verletzungen der "Basic Law" müssen als Verletzung des Völkerrechts mit
45 Sanktionen geahndet werden. Diese Sanktionen sollten sich zielgerichtet gegen die Politiker und
46 Eliten Chinas und nicht gegen die Zivilbevölkerung richten. Die Bundeskanzlerin fordern wir zu
47 einem mutigen Auftreten für Hongkong gegenüber China sowie einem Treffen mit führenden
48 Mitgliedern der Protestbewegung auf. Denkbar sind zudem finanzielle und logistische
49 Hilfsmaßnahmen für Organisationen und NGOs der Demonstrierenden. Die EU sollte bei einem
50 fortwährenden aggressiven Auftreten Chinas, insbesondere im Falle weiterer Verletzter oder
51 sogar Getöteter, Sanktionen gegen China einführen.

52 Ein Einsatz der Streitkräfte zur Niederschlagung der Protestbewegung ist nicht hinnehmbar. Er
53 muss zur einer internationalen Ächtung der Volksrepublik China führen. Hongkongerinnen und
54 Hongkongern, die vor Verfolgung und Unterdrückung fliehen, muss Asyl gewährt werden. Ihnen
55 ist der Status als Kontingentflüchtlinge einzuräumen. Eine Abschiebung nach China muss unter
56 allen Umständen ausgeschlossen sein.

57 Freiheit darf kein Ablaufdatum tragen. Deutschland und die EU müssen sich daher für eine
58 Verlängerung des Prinzips "Ein Land, zwei Systeme" über das Jahr 2047 hinaus einsetzen.

59 **Moskau – Der Wind of Change kehrt zurück.**

60 In Moskau demonstrieren seit Juli 2019 zehntausende Bürgerinnen und Bürger. Ihr Protest
61 wendet sich gegen den Ausschluss zahlreicher oppositioneller Kandidatinnen und Kandidaten
62 von der Wahl zum Moskauer Stadtrat. Die friedlichen Demonstrationen wurden von massiver
63 Polizeigewalt und der willkürlichen Festnahme zahlreicher Demonstrierenden begleitet. Vielen
64 Teilnehmerinnen und Teilnehmern drohen Repressalien der Behörden und langjährige
65 Haftstrafen. Die Demonstrationen werden von der russischen Regierung immer wieder als nicht
66 angemeldete Versammlungen dargestellt, obwohl die lokalen Verwaltungen die Anmeldung im
67 Vorhinein bewusst ablehnen und damit gegen die Versammlungsfreiheit verstoßen.

68 Diese Menschen dürfen wir nicht im Stich lassen. Demokratie- und Protestbewegungen in
69 Russland müssen infrastrukturell und gegebenenfalls auch finanziell durch Deutschland und die
70 EU unterstützt werden. Dies bedeutet, dass NGOs, Parteien oder lokale Vereine, die sich für die
71 Demonstrationen einsetzen oder gegen die Korruption in Russland arbeiten, projektbezogen
72 finanzielle und infrastrukturelle Leistungen erhalten können. Zudem sollen russische Medien
73 gefördert werden, die eine liberale und insbesondere auch unabhängige Darstellung der
74 Geschehnisse in Russland und der Welt verfolgen. Menschenrechtsverletzungen müssen mit
75 einer europäischen Version des "Magnitsky Acts" bestraft werden. Asylgesuche russischer
76 Bürgerinnen und Bürger müssen umfassend geprüft und schon der Verdacht einer politischen
77 Verfolgung muss eine Ausweisung zwingend ausschließen.

78 Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Wandel in Russland anregen, indem wir die
79 Verbindungen zur russischen Zivilgesellschaft ausbauen. Die aggressive russische Außenpolitik
80 sehen wir hierfür nicht als Hindernis, sondern als Grund, um unsere Bemühungen in diese
81 Richtung zu intensivieren. Eine Liberalisierung der Visabestimmungen und Austauschprogramme
82 wie Erasmus+ geben mehr Menschen die Möglichkeit West- und Mitteleuropa und die Vorzüge
83 der Freiheit zu entdecken. Gegenüber der russischen Regierung und den Eliten bleiben wir
84 dagegen hart. Angesichts der Geschehnisse im Asowschen Meer und den mangelnden

85 Fortschritten im Minsk-Prozess müssen die Sanktionen weiter verschärft werden. Diese sollen
86 sich weiterhin vor allem gegen führende und staatsnahe Unternehmer und Politiker richten, nicht
87 aber gegen die Zivilbevölkerung. Wir Jungen Liberalen blicken hoffnungsvoll auf den Tag, an
88 dem die Putin-Diktatur kollabiert und die Rückkehr zu einem partnerschaftlichen Verhältnis mit
89 Russland möglich wird.

90 **Begründung:** erfolgt mündlich

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.